

Kleine Anfrage

## Argumente zum 2G-Gesetz

---

Frage von Landtagsabgeordneter Wendelin Lampert

Antwort von Regierungsrat Manuel Frick

### Frage vom 31. August 2022

Die Regierung hat bereits mehrmals ausgeführt, sollte das 2G-Gesetz nicht angenommen werden und die Schweiz würde im kommenden Herbst oder Winter die 2G-Regel einführen, dass dann in Liechtenstein weitergehende Massnahmen wie ein Lockdown vonnöten wären. Des Weiteren wird von den Gegnern des 2G-Gesetzes argumentiert, dass die Wirkung von 2G zweifelhaft sei. Betreffend die Gültigkeit von Zertifikaten war in letzter Zeit die Aussage zu vernehmen, dass diese nur befristet gültig seien. Mit der Medienmitteilung der Krebsliga Schweiz vom 30. August 2021 fordert diese die Sicherstellung von Krebsbehandlungen trotz steigender Covid-19-Fälle. In dieser Medienmitteilung wird auf die Schweizerische Gesellschaft für Intensivmedizin (SGI) hingewiesen, gemäss welcher die Intensivpflegestationen zurzeit wieder eine starke Zunahme an kritisch kranken Covid-19-Patientinnen und -Patienten verzeichnen, von denen die allermeisten nicht gegen Covid-19 geimpft sind. Weil die Impfung das wichtigste Mittel bleibt, um Spitäler vor Überlastung zu schützen, appelliert die Krebsliga an die Schweizer Bevölkerung, sich wenn möglich impfen zu lassen. Hierzu ergeben sich die folgenden Fragen:

- \* Welche Betriebe wären von einem Lockdown betroffen beziehungsweise welche Veranstaltung zum Beispiel Fasnacht 2023 könnten mitunter nicht durchgeführt werden?
- \* Welche Kosten würde ein Lockdown von zwei Monaten für die Unternehmen, die Arbeitnehmer, den Staat und die Gemeinden verursachen beziehungsweise wie viele Arbeitnehmer hätten mit der Kurzarbeitsentschädigung nur noch 80% des Lohnes?
- \* Die Wirkung von 2G wird teilweise in Zweifel gezogen. Ist es aber nicht so, dass 3G sicher weniger wirksam ist als 2G, da ein Test erwiesenermassen nur eine Momentaufnahme ist und im schlimmsten Fall nicht vor der Einlieferung in eine Intensivstation schützt?
- \* Wie lange sind Zertifikate von vollständig geimpften Personen derzeit in der EU gültig beziehungsweise sind diese nur befristet gültig?

- \* Was würde es für Personen mit dringendem Bedarf an Operationen beispielsweise wegen Herz- oder Krebsleiden bedeuten, wenn die Intensivstationen insbesondere aufgrund einer hohen Anzahl ungeimpfter Covid-19-Patienten überlastet wären, wie dies in der Medienmitteilung der Krebsliga erwähnt wird?

## **Antwort vom 02. September 2022**

Zu Frage 1:

Sollte die Möglichkeit zur Einführung von 2G in Liechtenstein künftig nicht gegeben sein, müsste die Regierung im schlimmsten Fall wieder Schliessungen von Einrichtungen mit hohem Ansteckungsrisiko verordnen. Zu nennen sind Restaurants, Bars, Kultur-, Sport-, Freizeit- und Unterhaltungsbetriebe. Was Veranstaltungen betrifft, sind neben Einschränkungen der Personenanzahl auch generelle Verbote von Zusammenkünften, mit gewissen Ausnahmen, denkbar. Mit welchen Massnahmen mitunter zu rechnen sein würde, haben die in den vergangenen Jahren phasenweise geltenden strengen Regelungen und Verbote gezeigt.

Zu Frage 2:

Eine verlässliche Aussage zu möglichen Kostenfolgen für die Wirtschaft ist nicht möglich. Zum einen hängen die Kosten von den konkret zu treffenden Massnahmen und dem Umfang der Schliessungen ab. Zum anderen ist die Wirtschaft in der aktuellen Situation mit weiteren Herausforderungen konfrontiert, die ebenfalls Kosten verursachen. Einen ungefähren Anhaltspunkt bieten die im Frühjahr 2020 geleisteten Wirtschaftshilfen des Landes unter der Annahme, dass vergleichbare Massnahmen zu treffen wären.

Zu Beginn der Pandemie wurde im Durchschnitt für zwei Monate gut 20 Mio. Franken an Kurzarbeitsentschädigung (KAE) ausgerichtet. Im Spitzenmonat Mai 2020 waren knapp 7000 Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen. Für die übrigen Unterstützungsleistungen, die während der Corona-Pandemie an direkt und indirekt betroffene Unternehmen ausgerichtet wurden (UEK, MEK, UWB, BKZ, Covid-19-Taggeld), ist aufgrund der Zahlen von März bis Juni 2020 für einen vergleichbaren zweimonatigen Lockdown von durchschnittlichen Kosten von ca. 7.4 Mio. Franken auszugehen. Zudem wären allenfalls erneut Leistungen an Sport-, Bildungs- und Kulturinstitutionen sowie Medien auszurichten. Zu möglichen Unterstützungsleistungen seitens der Gemeinden kann die Regierung keine Aussagen treffen. Die abschliessenden aufgeschlüsselten Zahlen liegen noch nicht vor.

Grob geschätzt könnten sich die Kosten für die öffentliche Hand somit auf 28 bis 30 Mio. CHF belaufen.

Zu Frage 3:

Empirisch sowie wissenschaftlich belegt ist, dass kürzlich geimpfte und genesene Personen ein niedrigeres Ansteckungsrisiko haben als Personen ohne Immunschutz. Ebenfalls belegt ist, dass geimpfte und genesene Personen ein vielfach tieferes Risiko haben, unter einem schweren Verlauf zu leiden und wegen Covid-19 hospitalisierungs- oder intensivpflegebedürftig zu werden. Nicht zuletzt birgt 3G das Risiko, dass Personen falsch negativ getestet werden oder im Zeitraum zwischen Test und Besuch einer Veranstaltung infektiös werden. Zusammengefasst senkt 2G im Vergleich zu 3G das Infektionsrisiko und insbesondere die Ansteckung von Personen, die keine Immunität haben und deshalb eine höhere Wahrscheinlichkeit für schwere Verläufe aufweisen.

Zu Frage 4:

Gemäss Vorgabe der EU-Kommission gelten Impfzertifikate einer abgeschlossenen Grundimmunisierung für 270 Tage ab Verabreichung der letzten Dosis. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt schlägt die Kommission keine Gültigkeitsdauer für Bescheinigungen vor, die nach einer Auffrischungsimpfung ausgestellt werden. Diese Nachweise gelten somit bis auf Weiteres unbefristet, wobei nationale Einschränkungen möglich sind. Es kann davon ausgegangen werden, dass Auffrischungsimpfungen länger Schutz bieten als die erste Impfsérie.

Zu Frage 5:

Das Verschieben von Notfalloperationen, insbesondere bei Krebs- oder Herzpatienten, kann eine Verschlechterung der Prognose und im schlimmsten Fall den Tod des Patienten nach sich ziehen. Auch das Verschieben von elektiven, also nicht notfallmässigen und damit planbaren Operationen führt häufig zu verlängertem Leiden und einer Einschränkung der Lebensqualität der Betroffenen.